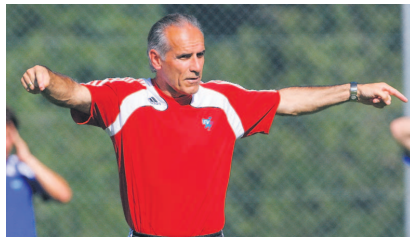




INLAND

Unterwegs in Liechtenstein mit einem 130 PS starken, limefarbenen Riesen.

SEITE 7



SPORT

Zaugg hat in der Partie gegen Russland mehr und mehr personelle Probleme.

SEITE 13

Ihr Telekompezialist

Oस्पelt Elektro – Telekom AG, Vaduz
Tel. +423.236 18 70
www.ospeltelektro.com

Abkommen bringt Neukunden

Wohlhabende britische Anleger, die bisher ihr Geld offshore vor dem Fiskus in Sicherheit gebracht hatten, könnten massiv von dem kürzlich zwischen Liechtenstein und dem Vereinigten Königreich abgeschlossenen Abkommen profitieren, das gestern in Kraft getreten ist. Die kürzlich erlassene Amnestie der britischen Steuerbehörde sieht reduzierte Strafsätze für alle Offshore-Kunden vor, sofern sie ihr bisher undeclared Vermögen melden. Besonders günstige Konditionen sollen für alle britischen Kunden gelten, deren Geld in Liechtenstein veranlagt ist. Von dem «bahnbrechenden Abkommen», wie der am 11. August von Regierungschef Klaus Tschütscher und dem britischen Minister Stephen Timms unterzeichnete Informationsaustausch von der «Financial Times» genannt wird, könnten über 100 000 weitere Offshore-Kunden profitieren, denen die Möglichkeit eröffnet wird, nicht deklariertes Vermögen über Liechtenstein zu legalisieren.

«Statt Liechtensteins Niedergang als Finanzplatz zu markieren, könnte das Abkommen für einen deutlichen Geschäftsaufschwung sorgen», wird Phil Berwick, Direktor der Steuerermittlung einer namhaften Londoner Rechtsanwaltskanzlei, zitiert. Sobald Anleger einen Teil ihres Vermögens nach Liechtenstein verlagert und offengelegt haben, sollen sie auch Gelder auf Guernsey oder Jersey zu gleich günstigen Konditionen deklarieren können wie die liechtensteinischen. Das bedeutet: Steuerrückzahlung nur für die vergangenen 10 Jahre und eine Strafe, die 10 Prozent der fällig gewordenen Steuer nicht überschreitet. Investoren mit Vermögen in anderen Offshore-Jurisdiktionen hingegen werden die in den vergangenen 20 Jahren anfallenden Steuern nachzahlen müssen, samt Zinsen und einer Strafe in Höhe von 20 Prozent des fälligen Betrags. (shu)

HEUTE

Die Zweite	2
Inland	3-8
Ausland	10
TV-Programme	11
Boulevard	12
Sport	13-15
Kinderland	16
Marktplatz	17
Kultur	19
Wirtschaft	21-23
Die Letzte	24

ZUSÄTZLICHE FOTOS ZU DEN BEITRÄGEN:
WWW.VATERLAND.LI/FOTOGALERIE

Vaduzer Medienhaus AG
Liechtensteiner Vaterland
Lova Center, 9490 Vaduz, Fax +423 236 16 17
E-Mail Redaktion: redaktion@vaterland.li
E-Mail Sportredaktion: sport@vaterland.li
E-Mail Abo: abo@vaterland.li
E-Mail Inserate: inserate@vaterland.li



Nullrisiko gibt es nicht

Die Finanzkrise, die in Übersee ihren Anfang nahm, hat sich auf die Realwirtschaft ausgeweitet und die Exportwirtschaft Liechtensteins fest im Griff. Verhindern lassen sich Finanzkrisen auch in Zukunft kaum – aber deren Schaden einschränken.

Von Richard Brunhart

Ernst Baltensperger macht wenig Hoffnung darauf, dass Finanzkrisen in Zukunft zu verhindern sind. «Finanzsysteme sind anfällig und mit potenziellen Erschütterungen verbunden», sagte der emeritierte Professor der Universität Bern gestern an der Hochschule Liechtenstein. Trotzdem sollten Reformen angestrebt werden – einerseits, um Krisen leichter zu bewältigen, und andererseits, um die Wahrscheinlichkeit, dass Krisen auftreten, zu senken.

Systemrisiko vernachlässigt

Baltensperger fand deutliche Worte zu den Ursachen der Krise: «Der Humus, auf dem dieser Mist gewachsen ist, ist durchdrungen vom Wahn einer Nullrisikogesellschaft, von der Illusion einer vollkommenen Absicherung, vom Glauben an die unbegrenzte ökonomische Machbarkeit.» So sei insbesondere das Systemrisiko vernachlässigt worden – die Möglichkeit, dass in Schwierigkeiten geratene Banken andere «anstecken» können.

Baltensperger zeigte drei Wege, wie dies geschehen kann: Über direkte vertragliche Beziehungen, beispielsweise über gegenseitige Liquiditätsgarantien, über die Vertrauensbildung oder über die Auswirkungen auf Marktpreise. Wenn angeschlagene Banken zu Notverkäufen eigener Anlagen gezwungen seien, senke dies die Preise der Anlagen. Im Laufe der Krise hätten auch die Aktiven der «gesunden» Banken an Wert verloren, was eine Schwächung des Eigenkapitals bedeute. Banken müssen jedoch zur Absicherung der Spareinlagen über ein gewisses Eigenkapital verfü-



Aus den Fehlern lernen: Der emeritierte Professor Ernst Baltensperger zeigte einige zentrale Ursachen für die Finanzkrise und daraus abgeleitete Massnahmen, um Krisen leichter zu bewältigen, auf. Bild: Elma Velagic

gen. Wenn die «gesunden» Banken die Vorschriften der Regulierungsbehörden nicht mehr erfüllen und kein weiteres Kapital besorgen können, müssen auch sie Anlagen verkaufen. Es entsteht eine Abwärtsspirale.

Kritik an der Regulierung

«Das ist, wie wenn man in einer Hungersnot darauf bestehen würde, dass die Vorräte, die man im Hinblick auf eine solche Situation gesammelt hat, nicht gebraucht werden dürfen», kritisierte der ehemalige Berater der Schweizer Nationalbank die derzeitige Regulierung. Auf die Vorräte sollte aber in der Krise zurückgegriffen werden können.

Eine bessere Regulierung des Bankensektors sollte die Anforderungen an die Höhe des Eigenkapitals von den äusseren Umständen abhängig machen. Ähnlich sollten die Vorschriften für Liquidität angepasst werden.

Verhindert werden sollten auch Notverkäufe. Dazu brauche es ein geordnetes Insolvenzverfahren speziell für Banken.

In einigen Fällen wollten Staaten Banken nicht in Konkurs gehen lassen, da das Finanzsystem nicht weiter destabilisiert werden sollte. Auf die «Disziplinierung der grossen systemrelevanten Banken» sollte bei der Regulierung des Bankensektors, der die wichtigsten Reformansätze beinhaltet, geachtet werden.

Risiko der Exportländer

Doch Reformen weisen weit über den Bankensektor hinaus – auch in die Realwirtschaft. Carsten Henning Schlag von der Hochschule Liechtenstein räumte gestern ein, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise seinen Blick auf die wirtschaftlichen Zusammenhänge verändert habe. Er sei von einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik

beeinflusst worden. Im Vordergrund steht dabei, möglichst attraktive Rahmenbedingungen für Unternehmen zu schaffen. Der Konsum – die andere Seite des Wirtschaftens – steht im Unterschied zu einer nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik im Hintergrund. «Für Exportnationen wie Deutschland oder die Schweiz ist es relativ einfach, eine angebotsorientierte Politik zu machen», sagte Schlag. Die Nachfrage komme aus dem Ausland. Der Staat müsse nur dafür sorgen, die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten.

Doch was passiert, wenn die Nachfrage aus dem Ausland zu grossen Teilen ausbleibt, auch wenn die Rahmenbedingungen für international konkurrenzfähige Unternehmen stimmen? «Dass diese Politik an ihre Grenzen stösst, haben wir jetzt schmerzhaft gelernt», so Schlags Fazit.

Österreich ist keine Steueroase mehr

Österreich hat seine letzte Chance genutzt, um von internationalen Sanktionen verschont zu bleiben: Gestern genehmigte der Wiener Nationalrat die Lockerung des Bankgeheimnisses für ausländische Anleger.

Von Rudolf Gruber

Das gestern mit den Stimmen der Regierungsparteien SPÖ und ÖVP sowie Teilen der Opposition beschlossene «Amtshilfedurchführungsgesetz» – so

die offizielle Bezeichnung für die Lockerung des Bankgeheimnisses – betrifft namentlich ausländische Anleger, die von Behörden ihrer Herkunftsländer wegen Steuerdelikten verfolgt werden. Damit akzeptiert Österreich die EU-Norm, wonach bereits bei Verdacht Informationen freigegeben werden und nicht erst, wie bisher, bei eröffneten Steuerverfahren. Demnächst sollen auch zwölf neue Doppelbesteuerungsabkommen unterzeichnet werden.

Im Juli war das Gesetz mangels der erforderlichen Zweidrittelmehrheit noch gescheitert, deshalb musste mitten in der Sommerpause eine Sonder-

sitzung einberufen werden. Denn in der Zwischenzeit hatte die Europäische Investitionsbank (EIB) Österreichs Banken mit dem Ausschluss von EU-Finanzierungsprojekten gedroht. Auch wollte die rot-schwarze Koalitionsregierung verhindern, dass auf dem bevorstehenden G-20-Gipfel gegen Österreich zusätzliche Sanktionen beschlossen werden. Daher war Eile geboten. Mit der gestrigen Entscheidung im Nationalrat hoffe er, so Finanzminister Josef Pröll (ÖVP), dass Österreich umgehend von der sogenannten grauen Liste der Steueroasen gestrichen werde, auf der die Alpenrepublik als einziges EU-Land verblieben war.

«Böses Feuer»

Die Aussichten, dass die verheerenden Brände in Südkalifornien schnell gelöscht werden könnten, sind gering. «Es ist ein böses Feuer. Es bewegt sich überall hin, wo es nur will», sagt Mike Dietrich von der US-Waldbehörde. (sda)

SEITE 12

WIGA 2009
Energie für die Region!
5. - 13. 9. 2009
www.wiga-messe.ch